

haben geschaltet, weil sie freiere Luft atmen wollten und weil sie drinnen in diesem ihrem Verlangen keinerlei Hemmung ausgeübt waren, schufen sie ihr „freies Land der Welt“, frei im Tun und Lassen gegenüber jedem, aber auch in jedem. Der Arbeiter insbesondere fand Freiheit, er konnte tun und lassen was er wollte. Aber auch der Unternehmer wurde hier gegenüber frei, und es zeigte sich bald, daß der

Arbeiter dabei bei weitem den Kürzeren ziehen mußte.

Er würde in einer Weise ausgebeutet, wie es in der ganzen Welt nirgends der Fall ist; und das Beste dabei war, daß er sich gar noch einbildete, frei zu sein und unter den denkbar besten Verhältnissen zu leben. Daß seine Freiheit nur „Bogelfreiheit“ war, kam ihm nicht zum Bewußtsein.

Durch eine verdummende Presse, als Fortsetzung einer unglücklich minderwertigen Allgemeinbildung, wurde er in diesem Glauben erhalten, nachdem er im Geographieunterricht in der Schule in einem sehr schlecht gezeichneten Atlas durch charakterisierende Einträge wie „unzivilisiert“, „zivilisiert“ aber die Völker unterrichtet, dabei aber gelehrt hat, daß sein Volk nicht bloß zivilisiert, sondern „erleuchtet“ sei. Er hält es für einen Idealzustand, im Stundenlohn ohne jegliche Verpflichtung des Unternehmers zu arbeiten. Von einer Kündigungsfreiheit, wie sie bei uns dem Arbeiter und Angestellten die Existenz sichern soll, hat man dort keine Spur von Ahnung! Er kann jede Stunde aufhören, aber auch jede Stunde entlassen werden. Freiheit! Und an Arbeiter schau! denkt kein Staat dort; kommt der Arbeiter in eine gefährliche Maschine, nun, an seine Stelle tritt in der nächsten Minute ein anderer, und der Verunglückte mag sehen, was er bei seiner Privatversicherung herausholt. Krankenversicherung? Was geht das im freien Amerika dem Unternehmer an? Und gar Invalidenversicherung? Die Arbeit, die Geld! weiter nichts, rein gar nichts. Und das Geld mit raffiniertesten Methoden der Arbeitsleistung angepaßt, so daß der Mann im Alter automatisch viel weniger verdient, als im Mannesalter. Ueber das deutsche System, den athen im Betrieb grau gewordenen Mann auch fernherhin so lange wie möglich zu demselben Lohn behaltem, lacht selbst der amerikanische Arbeiter. Das versteht er eben nicht.

Und politisch ist er nicht minder „frei“. Er hat volles Wahlrecht, wie jeder andere auch. Stolz kann er an seine Brust schlagen: wir sind das freieste Volk der Welt! Zwar nicht wahr: sein Wahlrecht ist weit schlechter, als das alte Reichstagswahlrecht unserer Kaiserzeit, aber er hat es sich einreden lassen und glaubt es. Der Glaube ist bei ihm alles. Er glaubt auch, politisch frei zu sein, aber es ist doch nur ein Glaube, weiter nichts. In Wirklichkeit ist er „frei“, um sich von den beiden großkapitalistischen Parteien, der republikanischen Großindustrie und dem demokratischen Agrarismus, politisch mißbrauchen zu lassen. Die beiden sozialistischen Parteien sind bisher ganz bedeutungslos geblieben. Erst 1910 wurde der erste Sozialist in das Unionsparlament, den Kongreß, gewählt, und auch heute bilden die Sozialisten eine ganz bedeutungslose Gruppe.

Aber es dämmert andere Zeiten.

Die Arbeiterschaft beginnt ihr Glied einzusehen. Wiedergolte schwerste Zusammenstöße zwischen streikenden Arbeitern und der Werks-Polizei jeder Betrieb unterhält eine große Gruppe von Polizisten „Winkertons“, die die Arbeiter mit Gummiknüppeln bearbeiten, wenn es zu Unruhen kommt, die mit demselben System auch die Streikposten aus der Nähe der Werke fernhalten.

Jetzt kämpft die Arbeiterschaft einen großen Kampf um die Anpassung der Löhne an die Verteuerung der Lebenshaltung durch die Kriegsgewinnler, und wenn die Regierung dieses Mal noch mit Hilfe der bekannten aller schärfsten Abwehrmittel den Generalstreik der Bergarbeiter niederzuschlagen vermochte, — die Regierung Wilsons, die immer von „Humanität“ nur so trieft, — so ist doch anzunehmen, daß bei den Verhandlungen mit der Regierung einiger Erfolg erzielt wird und damit die Gefahr der Ueberschwemmung Deutschlands mit billigen amerikanischen Produkten abgewehrt wird.

Politische Rundschau.

Berlin, den 6. November 1919.

Am 31. Oktober sind etwa 1000 deutsche Soldaten bei Lantzen in Litauen einmarschiert. Die Veruche die Truppen zur Rückkehr nach Deutschland zu bewegen, sind bis jetzt erfolglos geblieben.

Die Reichsregierung hat beschlossen, die Revolutionen am Sonntag durch Arbeitsschloß zu begehen.

Der Berliner Generalstreik scheitert. Der jüngste Generalstreik der Berliner Unabhängigen und Kommunisten hat mit einem vollständigen Fiasko geendet. Die Streikleitung der Metallarbeiter, der unabhängige Parteileitung und die Kommunisten hatten gemeinschaftlich mit dem roten Vollzugsrat die Berliner Arbeiterschaft zur allgemeinen Teilnahme an dem nun „politisch“ gewordenen Kampf, zum Generalstreik aufgeföhrt. Die Berliner Arbeiter haben den Streikführern aber eine unerbittliche Absage zu teil werden lassen. Gewerkschaftskommission und Vertrauensleute der rechtssozialistischen und demokratischen Arbeiter haben den Generalstreik einstimmig abgelehnt. Nur ein geringer Teil der Straßenbahnarbeiter war am Donnerstag früh nicht zur Arbeit erschienen, gegen Mittag war der Betrieb jedoch schon wieder voll im Gange. Auch unter den Metallarbeitern selbst lehnt die Einsicht nach einem siebenwöchigen Streik allmählich wieder bei ähnlichen großindustriellen Betrieben sich Tausende von Arbeitern gemeldet. Die Streikfähigkeit unter den Metallarbeitern ist so groß, daß der Streik in den nächsten Tagen von der Leitung als beendet erklärt werden muß, wenn der Metallarbeiterverband nicht will, daß die Mehrzahl seiner Mitglieder aus eigenem Willen wieder in die Fabriken geht. Die Reichsregierung und die preussische Staatsregierung erklären in einem gemeinschaft-

lichen Aufruf, daß sie dem freibewilligen Treiben der Streikführer den entschiedensten Widerstand entgegenzusetzen und mit Ausbietung aller Kraft dem deutschen Volke Frieden, Ruhe und Ordnung sichern werden. — Auch in der Provinz wird die Generalstreikparole abgelehnt. In Pommern, Braunschweig und Hamburg haben die Arbeiterversammlungen jeden Generalstreik abgelehnt und sich insbesondere gegen die Forderungen des 7. November gewendet.

Die Frage der deutsch-polnischen Grenze. Nach einer Meldung des „Diennik Berliński“ vom 1. November empfing das polnische Staatsoberhaupt Pilsudski eine Abordnung von Bauern und Gutbesitzern aus den Kreisen Flatau, Boms, Birnbaum und Fraustadt, die ihn darum bat, sich des Schicksals der von Polen losgetrennten 80 rein polnischen Dörfer in den Grenzkreisen annehmen zu wollen. Das Staatsoberhaupt versuchte die Abordnung zu trösten und erklärte, daß die Grenzkommission sicherlich alles Mögliche tun werde, um die Wünsche der Bevölkerung zu befriedigen. — Es ist in dieser Notiz interessant, daß die polnischen Kreise damit rechnen, daß die Grenzkommission Grenzberichtigungen nach ethnographischen Gesichtspunkten wird vornehmen können.

Arbeiterkonferenz in Washington. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften Deutschlands und der Verband der deutschen Gewerkschaften (Hirsch-Dunker), haben auf die Nachricht von der Zulassung deutscher Vertreter zur Internationalen Arbeiterkonferenz in Washington nachstehenden Wunschspruch an die Konferenz gerichtet:

„Die deutsche Arbeiterschaft, vertreten durch ihre Berufsorganisationen, begrüßt den Beschluß der Washingtoner Arbeiterkonferenz, wonach Vertreter Deutschlands mit gleichen Rechten und Pflichten zu den Verhandlungen zugelassen worden sind. Abwärtige Ueberfahrt unserer Vertreter wird leider noch durch Passageschwierigkeiten behindert. Falls sich diese beheben lassen, werden die deutschen Vertreter an den hohen Aufgaben der Konferenz im Interesse der gesamten Arbeiterschaft der Welt gern mitwirken.“

Mordaten französischer Soldaten. Die bayerische Regierung hat an das Auswärtige Amt das Ersuchen gerichtet, wegen dreier in den letzten zwei Wochen in der Rheinpfalz vorgekommener Morde von Pfälzer Einwohnern durch französische Soldaten bei der französischen Regierung Protest zu erheben und die schwerste Bestrafung der Schuldigen, die Befreiung der Strafen und Sühne für die Bluttaten zu verlangen.

Rundschau im Auslande.

Unter dem Druck der Entente-Kommission hat die rumänische Eisenbahnverwaltung 300 Lokomotiven, 2700 Waggons und 400 Personenwagen, allerdings in sehr schlechtem Zustande, an Ungarn zurückgeliefert.

Die Türken haben den Kreuzer „Göeben“ den Verbündeten ausgeliefert. Eine englische Marineabteilung hat das Schiff beschlagnahmt.

Clemenceau hat in einer Rede in Straßburg auf den „besetzten“ Brüdern gesprochen. Gehässige Angriffe auf Deutschland hat Clemenceau hierbei wohlweislich vermieden.

Die Beteiligten Staaten werden an der Blockade Rußlands nicht teilnehmen.

England: Die Londoner Hungertage.

Die vom Vize-König von Irland organisierte internationale Wirtschaftskonferenz beriet über die Wirtschaft- und Finanzlage Europas. Der Holländer Dr. Willebrand, der seit Ausbruch des Krieges ein Wiener Spital leitete, gab ein furchtbares Bild von den Verheerungen, die der Hunger und die Krankheiten in Wien angerichtet haben. Prof. Brentano (Deutschland) erklärte, es sei unmöglich, für eine internationale Konferenz für die Erhebung des Lebensstandards in der ganzen Welt zu treffen, solange der Standard der großen Massen Zentral-Europas fast auf dem asiatischen Niveau stehe. Dr. George Walsh, der die Verhältnisse in Deutschland unterrichtet hat, sagte, Europa stehe vor einer unermesslichen Katastrophe, und wenn der europäische Kredit nicht wiederhergestellt werde, so werde eine gewaltige bolschewistische Erhebung die Folge sein. Prof. Tarling, der an der Regierungskommission nach Deutschland teilgenommen hatte, erklärte, Deutschland stehe am Rande des Verhungerns. Millionen würden dort diesen Winter sterben.

Rußland: Judentum umzingelt?

Unverhehlte Nachrichten aus Moskau zufolge ist das Heer des Generals Judentich von den roten Truppen vollständig umzingelt. — Ohne Zweifel ist die Lage der Truppen judentisch sehr ernst. Nur dem Eingreifen estnischer Regimenter bei Krasnojarsk Gorka hat es Judentich zu verdanken, daß ein Armeekorps nicht abgegriffen und in dem Sumpfbereich westlich Gorka völlig vernichtet wurde. Die Sowjettruppen griffen gleichzeitig frontal und flankierend an. Besonders gefährlich war der Vorstoß von Westaußen, der über Luga hinaus in die rechte Flanke des Generals geführt wurde. Judentich wich schon aus Jamburg zurück. Die Sowjettruppen stehen bereits 15 Kilometer westlich Gorka. Die ganze Bahn Petersburg—Luga—Wiestau ist wieder in ihrer Hand. Die Kämpfe dauern fort.

Verbindete Staaten: Die Beratungen der Washingtoner Arbeiterkonferenz.

Der internationale Arbeiterkonferenz in Washington wurde der Wunsch nach einer internationalen Vereinbarung über die Einführung der 45-Stunden-Woche für alle Länder, die 1919 den Friedensvertrag ratifiziert haben, unterbreitet. Gewissen Staaten sollen Abweichungen gestattet werden. Man schlägt die 45-Stunden-Woche für alle Industrien vor, die ununterbrochenen Schichten haben. Für Japan, China und Indien werden Ausnahmen gestattet in Betracht der besonderen Verhältnisse und der unvollständigen Entwicklung in diesen Ländern. Den betrieblenden Regierungen wird es außerdem festgesetzt, für die Dauer von Krieges oder ähnlichen außerordentlichen Zuständen diese Vereinbarung aufzuheben.

Die Verkehrsperre.

Fortdauer der Verkehrsbeschränkung. Die Beschränkungen, daß die eistägige Verkehrsperre nur die erste Etappe einer länger dauernden Verkehrsbeschränkung sein werde, bestätigen sich jetzt. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ erfährt von ausländischer Stelle, daß auch nach dem 15. November „mit

gewissen Einschränkungen im Personenverkehr zu rechnen sein wird“. Demnach scheint die gegenwärtig herrschende Verkehrsperre nicht zu genügen, um die notwendige Kohlenmenge von den Häfen heranzuführen. Welchen Umfang die späteren Verkehrsbeschränkungen haben werden, steht noch nicht fest, allein man muß darauf gefaßt sein, daß nur die alternativen Zugverbindungen wiederhergestellt werden und aufrechterhalten bleiben.

Die Wirkungen der Verkehrsperre.

Die Folgen der Verkehrsperre machen sich im Geschäftsleben ganz erheblich bemerkbar. Besonders in den Großstädten spürt man das Fehlen der Fremden ganz erheblich. Namentlich sind die feinen Spezialgeschäfte, in denen teure Luxusmittel verkauft werden, durch das Abreisen ihrer ausländischen Kundschaft schwer in Mitleidenschaft gezogen worden. Theater und Hotels sind bedeutend spärlicher besucht als vordem. In einzelnen Berliner großen Hotels gehen die Plätze, die durch das Abreisen der Fremden in der Kundschaft gerissen sind, so weit, daß einzelne Hotels nur die Hälfte der Zimmer besetzt haben. Unter diesen Umständen decken die Einnahmen nicht die enormen Kosten, die durch die hohen Abne und die gewaltigen Kosten für Heizmaterial ins Ungemessene gestiegen sind.

Luftverkehr während der Verkehrsperre.

Infolge der Stilllegung der deutschen Bahnen vom 5. bis 15. November hat sich die deutsche Luftverkehr entschlossen, auf den Linien von Berlin nach Leipzig, Breslau, Hamburg und Warnemünde den Betrieb wieder aufzunehmen. Wegen des großen Mangels an Betriebsstoff kann es sich aber nur um einen Verkehr in sehr beschränktem Maße handeln. Es werden lediglich Einzel- und Sonderflüge ausgeführt werden.

Erleichterungen der Postverkehrsperre.

Da die Vorstellungen verschiedener Handelskammern hin hat die Reichspostbehörde verschiedene Erleichterungen im Postpaketverkehr in Erwägung gezogen. Wie amtlich gemeldet wird, sind von jetzt ab zur Postbeförderung wiederum zugelassen: Sendungen mit barem Geld der Bankinstitute, für Volksernährung notwendige Behälterpakete (Lebensmittelformen usw.), Hefepakete, Pakete von Kriegsgefangenen in Durchgangslagern. Darüber hinaus wird an der Wiederaufnahme des gesamten Paketverkehrs gearbeitet, der vermutlich in einigen Tagen, vielleicht schon Anfang der nächsten Woche, aufgenommen werden dürfte.

Aus Stadt und Land.

Auflösung der Regier in der Pfalz. Die französischen Kolonialtruppen in der Pfalz sind in letzten Zeit mehr und mehr durch weiße Franzosen ersetzt worden. Die Rücktransporte der schwarzen Truppen haben die pfälzischen Bahnen stark in Anspruch genommen, ebenso der Transport der abführenden Truppen aus Frankreich. Badwaggonen, Kaiserklantern, Kanonen und Speyer haben stärkere Besatzungen erhalten als während der Waffenstillstandsperiode. Nur etwa 15 kleinere Ortschaften der Rheinpfalz sind bisher von den Franzosen geräumt. — Der französische Oberkommandierende der Rheinarmee, General De Gaulle, hat das Ersuchen zahlreicher Städte und Gemeinden der französischen Besatzungszone, ein Verbot über eine Einschränkung der Zureise französischer Familien in das besetzte Gebiet mit Rücksicht auf die außerordentliche Wohnungsnot zu verhängen, ablehnend beschieden. Der Oberkommandierende der englischen Rheinarmee in Köln hat dagegen eine Verweigerung erlassen, welche sich gegen das Ueberhandnehmen von Bergnütungsreisen am Rhein durch die Besatzungsplaten wendet.

Die Ausweisung des Wiesbadener Oberbürgermeisters. Mittwoch früh hat der Oberbürgermeister Gläffing, begleitet von einem französischen Soldaten, Wiesbaden verlassen und sich zunächst nach Darmstadt begeben. In seiner Betäubung hatten sich Magistrat und Stadtverordnete ergriffen, ebenfalls die Führer der politischen Parteien, um die Verhinderung abzugeben, daß sie in ihrem Bemühen um die Wiedereinführung Gläffings nicht nachlassen wollten. Die Bevölkerung brachte dem Oberbürgermeister Gläffing die Unterstützung zur Abhaltung einer Sitzung mit der Tagesordnung „Abhebung des Oberbürgermeisters“ bei der französischen Regierung eingebracht; die Erlaubnis haben sie erhalten.

Die Marinegarnison Cuxhaven, die nach den Bestimmungen des Friedensvertrages Seefestung bleibt, ist jetzt auf ihren künftigen geringen Bestand zurückgeschraubt worden. In Cuxhaven liegt fortan nur noch eine Abteilung der Küstenwehr in Stärke von etwa 750 Mann in Garnison, während die Marinegarnison Cuxhaber bei Kriegsausbruch rund 4000 Mann zählte.

Auf dem Westbahnhof in Aachen wurden, einer belgischen Meldung zufolge, bei einem Zusammenstoß zwischen deutschen Kommunisten und belgischen Uebländern zwei Personen getötet.

Das Schwurgericht in Konstanz verurteilte den 19 Jahre alten kleinen Willi Kumm zum Tode. Am 23. Juli hatte K. im Walde bei Singen-Hohenwiel den Kaufmann Baumann aus Konstanz erschossen und ihm 8000 Mark geraubt.

Volkswirtschaftliches.

Die Reichsbank erhöht die Depotgebühren. Wie die Reichsbank sich schon in diesem Frühjahr genötigt gesehen hat, dem Beispiel der meisten Privatbanken hinsichtlich ihrer Depotgebühren zu folgen, so schließt sie sich jetzt wiederum dem Vorhaben der Banken in Bezug auf Herabsetzung der Depotgebühren an. Diese betragen für die Aufbewahrung und Verwaltung von Wertpapieren bei dem Kontor für Wertpapiere vom 1. Januar 1920 ab ohne Rücksicht darauf, ob die Papiere im In- oder Auslande ausgehelt sind, einheitlich 1 Mark vom Tausend, mindestens aber 2 Mark für jedes einzelne Depot.

Die sinkende Mark. Der rapide Niedergang der deutschen Mark geht unaufhaltsam weiter. An der Kopenhagener Börse wurde die deutsche Reichsmark am Mittwoch nur noch mit 13 notiert. D. h. die Kaufkraft der Mark beträgt augenblicklich nicht ganz 14,5 Pfennige. In Stockholm sank die Mark von 13 auf 12 Oere.